Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Inſertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitſchrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenſtraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Poſt-Anſtalten Beſtellungen auf die Zeitung welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erſcheint.

Nr. 256. Mittag-Ausgabe. Sechsundvierzigſter Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 3. Juni 1865.

Preußen.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

62. Sitzung des Hauſes der Abgeordneten (2. Juni).

Eröffnung 9½ Uhr. Die Tribünen ſind gefüllt. Am Miniſtertiſch der Finanzminiſter v. Bodelſchwingh, der Kriegsminiſter v. Roon mit zwei Commiſſaren, ſpäter der Miniſterpräſident.

Präſident Grabow theilt mit, daß der Abg. Riemann das abgelehnte Geſuch um vierwöchentlichen Urlaub erneuert, unaufſchiebbare Geſchäfte hielten ihn in ſeiner Heimath zurück; im Falle einer wiederholten Ablehnung müſſe er ſein Mandat niederlegen. Das Haus bewilligt den Urlaub.

Vor der T.-O. erklärt der Abg. Ottow, daß ſein Name irrthümlich unter die Unterzeichnee der Wagener'ſchen Reſolution geſetzt ſei. Abg. Wagener bezeichnet den Irrthum als einen Druckfehler: der Unterzeichner ſei Graf Pfeil. (Heiterkeit.)

Das Haus geht zur Fortſetzung der Berathung über die Vorlage, betr. den Mehrbedarf für die Marine, über, nachdem der Abg. v. Bonin ein Unter-Amendement zur Reſolution des Abg. v. Carlowitz eingebracht hat. Nach der geſtern feſtgeſtellten Rednerliſte erhält zuerſt das Wort der

Abg. Duncker: M. H.! Die Zeit iſt nicht mehr fern, wo es in dieſem Saale ſtill wird und die officiellen Actenſtücke und Correſpondenzen in Amtsblättern das Miniſterium rühmen werden. Darum iſt es unſere Pflicht, Markſteine aufzurichten, welche in den Zeiten jener Fluth erkennen laſſen, was das Haus gewollt hat. Ich erkläre mich zunächſt für die Reſolution des Abg. v. Carlowitz, nur in dem dritten Satz möchte ich ſtatt des Wortes „Verſtändigung", „Verträge" ſetzen. Denn Verſtändigung iſt ein zu dunkler Ausdruck, wo es der Schärfe und Präciſion eines Vertrages bedarf. Wie hoch ich auch die Forderungen Preußens an die Herzogthümer ſchätze, ſo weit, meine ich, ſollen ſie doch nicht gehen, daß ſie die Satzungen des ewigen Rechtes antaſten dürfen.

Wohl ſagt der Hr. Miniſterpräſident, die ſchleswig-holſteiniſche Bevölkerung müſſe ſich als ein Bruchtheil den Intereſſen des ganzen deutſchen Volkes fügen, aber iſt denn das Miniſterium v. Bismarck befugt, dieſe allgemeinen Intereſſen endgiltig zu entſcheiden? Wenn der höchſte Richter in dieſem Falle, das deutſche Parlament, fehlt, dann kann man nur durch freie Verträge mit jenem Volke über ſeine heiligſten und theuerſten Rechte unterhandeln, nicht durch Gewalt. — Der Particularismus wird nur durch die Annectirungstendenzen geſchützt, deshalb ſind wir verpflichtet, für jenen Volksſtamm einzutreten und offen auszuſprechen, wie weit im deutſchen Intereſſe die preußiſchen Forderungen gerechtfertigt ſind. — Der Hr. Miniſterpräſident hat ſich auf die Protocolle des Staatsminiſteriums für das berufen, was die Regierung gewollt und erſtrebt hat. Ja, m. H., wenn wir auf dieſe Protocolle warten ſollen, dann werden wir es bei unſeren Lebzeiten ſchwerlich erfahren. Warten wir doch auf die Memoiren Hardenbergs heute noch vergebens. Der Hr. Miniſterpräſident muß es ſich ſchon gefallen laſſen, daß wir unſere Meinung auf andere Indizien, auf ſeine eigene Vergangenheit, auf die Aeußerungen der Schildträger ſeines Miniſteriums ſtützen (Redner citirt v. Gottberg und Wagener aus den Jahren 1863 und 64 über die ſchleswig-holſteiniſche Frage, die ſich für das londoner Protocoll und das Verbleiben der Herzogthümer bei Dänemark ausſprachen). Der Miniſterpräſident ſelbſt hat ſich über die Frage bei früheren Gelegenheiten ganz anders ausgeſprochen, als die Denkſchrift, welche die Vorlage begleitet. Wir unzünftige Diplomaten können nun freilich nicht beurtheilen, welche Verſion die richtige iſt. Wir glauben allerdings, daß, wenn Preußen mit dem Bunde gegangen wäre, Oeſterreich ſich von der Action ferngehalten hätte; die Gefahr eines europäiſchen Krieges wäre allerdings näher getreten, aber warum ſollten wir dieſer Gefahr nicht muthig in das Auge ſehen?

Wir konnten ſie beſiegen, wenn die Miniſter den Opfermuth gehabt hätten, zurückzutreten und dem Könige zu ſagen, er möge ſich mit anderen Räthen umgeben, wie Stein im Jahre 1808 den Muth hatte. Wir hätten dann die deutſche Frage im Ganzen gelöſt und die Probe des großen Wortes von „Blut und Eiſen" im Kampfe gegen das Ausland gemacht. Aber wir hatten große Worte und langſame Thaten. Retten wir wenigſtens das Nothdürftigſte, und wenn wir noch in jeder Viertelſtunde das Unterlaſſene nachholen könnten, ſo thuen wir das doch ja, je eher je lieber. — Bei allem Scharfſinn des Hrn. Miniſterpräſidenten, den ich anerkenne, möchte ich doch ſeine Behauptung, Niemand und kein Umſtand könne Preußen aus den Herzogthümern heraus und von ſeinen Forderungen abbringen, bezweifeln. Die von Chriſtian IX. auf Preußen übertragenen Rechte beruhen auf dem londoner Protokoll, folglich können ſämmtliche Unterzeichner deſſelben Einſpruch erheben gegen Preußens Vorgehen. Denn Dänemark erkennt nur die Dispoſitionen beider Mitbeſitzer an, der eine kann alſo jeden Augenblick den Einſpruch der europäiſchen Mächte gegen den anderen anrufen. Dem ſtellt man freilich die Unbeſiegbarkeit unſerer Truppen und die Feſtigkeit unſerer Poſitionen entgegen, aber auch im Jahre 1805 hatten wir Hannover, 1849 durchzogen unſere Truppen Deutſchland von Norden nach Süden, 1850 haben ſie den Süden ſchnell geräumt. In Raſtatt hatten wir mit preußiſchem Blute Fuß gefaßt und heute iſt Oeſterreich dort Mitbeſitzer. Dieſen Mitbeſitzer werden wir ſo leicht nicht los, es ſei denn auf die Gefahr hin, daß er mit den übrigen deutſchen Staaten gegen uns Front macht, oder daß wir die Politik Oeſterreichs um jeden Preis unterſtützen. — Die liberale Partei hat ſtets eine deutſche Flotte unter preußiſcher Führung gewollt, ſie hat gewollt, daß die ſchwarzweiße Flagge von den Schiffen herabgenommen und die ſchwarz-roth-goldene aufgezogen werde, aber an der Regierung ſcheiterten dieſe Bemühungen, auch die Verhandlungen mit den Hanſeſtädten. Der Vorwurf, daß wir Düppel und Alſen nicht geſtürmt hätten, trifft uns nicht. Feſtungen zu ſtürmen iſt nicht der Beruf der Landesvertretung, das aber iſt ſicher, daß wir durch Ablehnung der Anleihe im vor. Jahre die Regierung gezwungen haben, Düppel und Alſen zu ſtürmen.

Die Ablehnung war für Sie der Sporn, dem inneren Conflict gegenüber Alles für das äußere Anſehn des Vaterlandes aufzubieten. Und ſo hoffe ich, daß aus der Ablehnung der jetzigen Anleihe die deutſche Flotte unter Preußens Führung hervorgehen wird. Der Miniſterpräſident ſagt ſtets: „Sie kämpfen für Ihr Budgetrecht." Wir erkämpfen nichts für uns, wir ſtreiten für die heiligſten und theuerſten Grundrechte des Landes, die uns höher ſtehen, als alle Erwerbungen. Wenn der Herr Miniſterpräſident heute mit einem gewiſſen leichten Ton von der Intelligenz unſerer Wahlkörperſchaften ſpricht, ſo hat er im Anfang ſeiner Laufbahn allerdings andere Anſchauungen darüber gehabt; damals war ihm das Volk zu ernſthaft, zu gebildet, heute iſt es leichtfertig, heute weiß man nichts von dem zu anderen Zeiten gerühmten Opfermuth des Volkes zu ſprechen; es iſt ein frivoles Volk, das man zu ſeinen Pflichten zwingen muß. Ich meine, es gezieme dem Herrn Miniſterpräſidenten nicht, von dem Volke ſo zu denken, an deſſen Spitze zu ſtehen er immerhin die Ehre hat. Wir ſollen mit Verſprechungen unſere Wähler gewinnen! Was können wir denn verſprechen? Vortheile gewiß nicht, wohl aber Entbehrungen, Verfolgungen, das ſtellen wir ihnen in Ausſicht, und wenn ſie uns dann doch wieder und immer wieder wählen, ſo beweiſt dies, wie groß und hoch das Volk daſteht, und ſo lange es dieſen Geiſt bewahrt, wird der Miniſterpräſident ſeine Ziele nicht erreichen. Wenn der Herr Miniſterpräſident trotz alledem nicht umhin kann zu ſagen: Europa ſieht in dieſer Verſammlung eine Concentration der Intelligenz und des Patriotismus, ſo hat der Vorwurf einer impotenten Negation, als Reſultat unſerer Haltung, nichts zu bedeuten, und ich meine, daß uns dem Miniſterium gegenüber doch der Sieg bleiben wird, wenn das Wort des Dichters wahr iſt: „Der Weiſe kann des Mächt'gen Gunſt entbehren, doch nicht der Mächtige des Weiſen Lehren." (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Blanckenburg: Der Hr. Vorredner hat mich gänzlich enttäuſcht; ich hatte geglaubt, er würde eine Lanze brechen für den Auguſtenburger. Vielleicht hat ihn die Erfahrung eines Organs davon abgehalten, welches in Gefahr ſtand, ſtatt eines „Organes für Jedermann", ein „Organ für Niemand" zu werden. — Gerade von unſerer Partei iſt übrigens der Anſtoß zur parlamentariſchen Behandlung der ſchleswig-holſteinſchen Frage ausgegangen, und was die Fahnen anlangt, ſo denke ich, wir laſſen es bei unſerer Fahne, die der große Kurfürſt auf ſeinen Schiffen führte. Bei den geſtrigen Reden hat mich der vollſtändige Wechſel der Rollen frappirt. Ich räume ein, daß in früheren Jahren ſich von unſerer Seite vielfache Bedenken gegen ein zu ſchnelles Vorgehen in den Marine-Angelegenheiten gezeigt haben, ich habe dieſe Bedenken auch jetzt noch, indeſſen der vorliegende Plan ſcheint nur zu fordern, was das Land leiſten kann. Sie (zur Linken) haben jetzt die Rolle eines älteren Reactionärs übernommen und überlaſſen uns die Rolle eines jungen friſchen Fortſchrittsmannes (Heiterkeit). Im Jahre 1862 haben die Herren den Miniſter getadelt, weil er keine Anleihe für Marinezwecke beantragte (der Redner verlieſt einen Paſſus aus dem Bericht der Marine-Commiſſion des Jahres 1862, der, wie er ſagt, vom Abg. Reichenheim verfaßt ſei). Das Plenum hat damals durch eine Reſolution ebenfalls mehr oder weniger ſich für eine Anleihe ausgeſprochen, obgleich dies Wort ſelbſt nicht gebraucht wurde. Dieſe Reſolution forderte die Regierung zur Vorlage eines vollſtändigen Flottenplanes und der dazu erforderlichen Deckungsmittel auf. Abg. Reichenſperger warnte damals, ſich durch Annahme dieſer Reſolution dieſer Regierung gegenüber die Hände zu binden. Sie haben ſie doch angenommen, und jetzt bringt Ihnen die Regierung, was Sie verlangten und Sie lehnen es ab! Sie wollen jetzt kein Geld geben; was ſollen da Ihre Reſolutionen?

Sie haben eben nur Worte, wir ſind die Männer der That und nicht der Worte. Der Vorwurf, daß die Regierung mehr redet, als ſie thut, iſt im höchſten Grade ungerecht. Man dachte dabei wohl an alte Zeiten und ſah nicht, wer auf jenen Bänken (am Miniſtertiſche) ſaß. Was iſt denn früher geſchehen? Etwa mit identiſchen Noten? Wir ſollten froh ſein, daß wir aus dieſen Zuſtänden heraus ſind. Der Abg. Immermann verlangt bei einer anderen Gelegenheit: ein anderes Syſtem und andere Miniſter, dann werde es ſchon gehen. Ich bitte, einen Augenblick darüber nachzudenken, was der Abg. Immermann damit gemeint haben kann. Ich glaube nicht, daß der Abgeordnete eine Rückkehr zu dem Syſtem der neuen Aera verlangt hat, über dieſes Syſtem ſind wir einig, ſind wir fort. Ich glaube aber auch nicht, daß Ihnen das Syſtem dieſer Herren (zur Fraction v. Bockum-Dolffs) genügen wird, wenn ich bedenke, daß neulich ein Redner dieſer Seite warnte, „ja nicht einen einzigen Brigadier abzuſetzen, Sie würden damit die Verfaſſung verletzen." Mit dieſen Herren würden Sie in vier Wochen in einen viel ſchärferen Conflict hineinkommen. Es bleibt dann nur das Syſtem der reinen und heiligen Demokratie. Sie iſt wenigſtens conſequent. Ob ſie eine Zukunft für den preußiſchen Staat hat, iſt freilich eine andere Frage. Ich will zugeben, daß es unter Ihnen eine Menge befähigter Staats-Oeconomen giebt, eine Eigenſchaft aber fehlt Ihnen, das iſt die Eigenſchaft des königlichen Vertrauens. Damit komme ich zu dem Schluſſe: Wir wollen es ermöglichen, daß der König auf dem Boden der Verfaſſung regieren kann und mit der Verfaſſung regieren muß, wir wollen das Herz der Verfaſſung, „in Preußen muß der König regieren", nicht ausreißen laſſen. Daß dies nicht geſchehen wird, daß die Beſtrebungen der heiligen Demokratie dies nicht erreichen werden, das iſt meine Hoffnung. (Bravo rechts.)

Abg. v. Bunſen: Man ſollte doch nicht vergeſſen, daß das Wort „moraliſche Eroberungen" von Sr. Majeſtät dem Könige herrührt, als er ſeine Regierung antrat und erwarte, daß es in Ehren gehalten wird. Den Herrn Miniſterpräſidenten frage ich, ob es wohlgethan, die ſchleswig-holſteinſche Frage in dem Hangen und Bangen zu belaſſen, in dem ſie ſich bisher befand. In einem Bericht des Herrenhauſes kommen die naiven Worte vor: „Der Friede Europa's erſcheint auf mehrere Jahre vorausſichtlich geſichert". Wie iſt es möglich, ſolche Worte zu ſchreiben? Man ſpricht von dem glücklichen Erfolge dieſes Miniſteriums in ſeiner auswärtigen Politik: iſt es aber wohl ein Erfolg, wenn noch jetzt, nach ſo vielen Monaten, das letzte Zehntheil der ſchleswig-holſteiniſchen Frage nicht gelöſt iſt? Was wird der Geſchichtſchreiber einſt für Augen machen, wenn er die Protokolle des Staatsminiſters leſen wird, in denen der Herr Miniſterpräſident mit ſeinem erſten Antrage auf Einſetzung des Erbprinzen von Auguſtenburg auftritt; vielleicht enthalten die Protokolle auch Zeichen der Verwunderung, des Erſtaunens der übrigen Herren Miniſter, die vor Staunen aufgehobene Hand und ein unterdrücktes „das iſt doch ſtark!" Uns erſcheint ſeine Politik leidlich inconſequent und ſpringend, und was die Geſchicklichkeit betrifft, ſchroff und im Finſtern tappend. (Redner giebt eine Darſtellung diplomatiſcher und anderer Vorgänge, die auf die Friedensverhandlungen Bezug haben, der Thätigkeit Bille's und Hanſens). Die Forderungen für die Flotte müſſen auf den Etat gebracht werden. Der friſche Luftzug, der von Amerika herüberweht, mahnt daran, daß es hohe Zeit iſt, von der Regierungsweiſe abzugehen, die in den letzten Jahren Sitte geworden, ſo gute Ausſichten die Monarchie immerhin in Europa haben mag!

Von dem Abg. Dr. J. Jacoby wird eine Reſolution eingebracht zu Gunſten der Einberufung der Stände der Herzogthümer im Intereſſe ihrer Conſtituirung als ſelbſtändiger Staat.

Miniſter-Präſident v. Bismarck: M. H.! Ich halte es eigentlich für eine zu weit gehende Zumuthung, wenn der preußiſche Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten ſeine und Ihre Zeit dafür in Anſpruch nehmen ſoll, ſich mit dem Kehricht und Anekdotenkram däniſcher Lügenblätter zu befaſſen; da die Sache aber hier einmal auf der Tribüne wiederholt iſt, ſo nehme ich davon Veranlaſſung, zu erklären, daß die ganze Geſchichte von Groſſirer Fries u. ſ. w. rein erfunden und erlogen iſt. Wenn ich nicht irre — ich habe ihr eine ſo lebhafte Aufmerkſamkeit nicht zugewandt — aber wenn ich nicht irre, ſo hat die däniſche Regierung aus freiem Antriebe, weil ſie die Verhältniſſe der dabei betheiligten Herren Bill und Hanſſen intereſſirten, amtliche und gerichtliche Unterſuchungen anſtellen laſſen, aus welchen hervorgeht, daß die ganze Geſchichte lediglich im Zeitungs- und Partei-Intereſſe ausgedacht war und keinen Schatten von Wahrheit hatte. Ich glaube, daß, wenn ich zu Hauſe die kopenhagener Depeſchen recherchire, ich Ihnen darüber amtliche Beweiſe werde vorlegen können. Namentlich iſt vollſtändig erlogen, daß ich jemals geſagt hätte, Flensburg ſei eine däniſche Stadt. Ich halte Flensburg für eine deutſche Stadt und ſelbſt, wenn es eine däniſche Stadt wäre, ſo würde ich ſie nicht herausgeben (Heiterkeit). Den Herren Hanſſen habe ich weiter nicht gekannt, als daß er mich in der That im vorigen Herbſt in Biarritz aufgeſucht und Zutritt zu mir gefunden hat und den Vorſchlag machte, einen Theil des däniſchen Nordſchleswig — es kam nicht zur Erörterung wie viel — an Dänemark zurückzugeben, und dafür die däniſchen Kolonien zu nehmen. Ich habe dieſen Vorſchlag abgelehnt, theils aus ſachlichen Gründen, theils weil der Unterhändler zu Unterhandlungen nicht legitimirt war. (Es war dies vor der Ratifikation des Friedensvertrages).

Ich will, da ich einmal das Wort genommen habe, noch auf eine andere Aeußerung des Herrn Vorredners kurz eingehen, obſchon mir ſcheint, daß er befürchtet hat, bei der Debatte über die Kriegskoſten nicht zu Worte zu kommen, und deshalb ſeine Rede anticipirt hat. (Heiterkeit.) Der Herr Vorredner klagt über Bangen und Hangen in Erledigung des letzten Zehntels der holſteiniſchen Frage. Ich kann Sie verſichern, daß das Bangen wenigſtens nicht auf unſerer Seite iſt. Aber das letzte Zehntel ſteht für Preußen ungefähr in dem Verhältniſſe, wie die Ernte zu der Zeit, die das Getreide braucht von der Saat bis zur Reife. Das ſind die anderen neun Zehntel. Vom ſchleswig-holſteiniſchen Standpunkte, den der Herr Vorredner mir mehr als den preußiſchen zu vertreten ſchien, hat er gewiß Recht, wenn er die neun Zehntel, die uns Opfer für Holſtein auferlegten, gleich leicht, gleich ſchwer in's Gewicht fallen läßt, wie das eine Zehntel, das uns, Preußen, für dieſe Opfer entſchädigen ſoll. Warum dieſe Ernte nicht einzubringen iſt, das ſagt gerade der vom Herrn Vorredner citirte Brief des Erbprinzen von Auguſtenburg an Herrn v. Ahlefeld auf's Klarſte. Sie werden, wenn Sie den Brief mit Aufmerkſamkeit leſen, finden, daß keine unſerer Bedingungen mit Entſchiedenheit und rückhaltlos angenommen iſt, bei jeder iſt eine kleine reſervirende Bedingung, daß die Stände es zukünftig genehmigen werden. Es kann ſein, daß ſie es thun, es kann aber auch ſein, daß ſie den Verſprechungen des Erbprinzen gegenüber, die Schlüſſel des Bindens und Löſens anwenden möchten; daß alſo, wenn die Stände ſagen: „wir ſtimmen nicht zu", der Erbprinz von Auguſtenburg dann ſagt: „Ich bedauere, ich bin zwar Herzog, aber da die Stände nicht einwilligen, ſo bin ich in der traurigen Lage, mein Wort nicht halten zu können." Dem wollen wir Preußen doch nicht ausſetzen! Was der Herr Vorredner in der ſehr langen Rede, die ich nicht vollſtändig habe im Gedächtniß behalten können, über eine angebliche Abneigung, die wir gegen die Umgebung des Erbprinzen hätten, geſagt hat, das muß ich vollſtändig in Abrede ſtellen.

Ich kenne keinen von den Herren, überhaupt exiſtiren für mich Perſönlichkeiten nicht, die Frage iſt für mich nur eine ſachliche, keine Perſonenfrage. Es iſt mir gleichgiltig, ob die Herren etwas mehr oder weniger demokratiſch ſind, — und wenn wir nur unſere Bedingungen den Herzogthümern gegenüber geſichert haben, ſo mögen dieſe ihre Vereine haben und eine Verfaſſung wie ſie wollen, und ſie mögen ihren Herzog haben — das intereſſirt mich wenig. (Heiterkeit.) Von den Vorgängen in den Sitzungen des Staats-Miniſteriums, hat der Herr Vorredner doch wohl nur eine dunkele Vorſtellung. Ich will ihm nur das Eine ſagen, daß in dieſen Verſammlungen ſich Niemand darum kümmern wird, was auch geſchehen möge. Ob wir von dieſer Gewohnheit abgehen würden, wenn uns eine Rede gehalten würde, wie die vorhergehende mit einem Anſpruch auf ſtaatsmänniſche Bedeutung (Heiterkeit), das will ich nicht ſo beſtimmt behaupten.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird geſtellt; bevor Vicepräſident v. Unruh, der inzwiſchen den Vorſitz übernommen, darüber abſtimmen läßt, verlangt das Wort der Kriegsminiſter v. Roon: Ich glaube nicht, daß ich die Abſicht, die Sie vielleicht in dieſem Augenblicke zur Ausführung gebracht haben wollen, durchkreuzen werde durch neuen Stoff, den ich bringe. Ich halte es lediglich aus Schicklichkeitsrückſichten fur angemeſſen, meinerſeits als Reſſortminiſter zu conſtatiren, daß ich, wiewohl ich der Debatte mit Aufmerkſamkeit gefolgt bin, ſachliche Gründe gegen die Vorlage der Regierung nicht habe anführen hören. Finanzielle, techniſche Bedenken würden mich verpflichtet haben, ſie zu bekämpfen; die politiſchen Bedenken, welche für die Abſtimmung des Hauſes, wie es ſcheint, die allein maßgebenden ſein werden, ſind von dem Herrn Miniſterpräſidenten, wie ich glaube, auf das Bündigſte widerlegt worden, und ich habe alſo für mich nur noch die Anſtandspflicht zu erfüllen, daß ich erkläre, ich habe mich um deswillen an der Debatte nicht betheiligt, weil Reſſortanſichten mich dazu nicht nöthigten. Dem Herrn Abgeordneten, welcher geſtern auf der Tribune eine Rede mit großer Emphaſe und großem Nachdruck hielt (Abg. Löwe), um zu beweiſen, daß die Forderung für Preußens Stellung zu groß ſei, die Forderung einer Anleihe von 10 Millionen, die in 67 nach den budgetmäßigen Ausgaben zur Verwendung kommen ſollen, m. H., dem kann ich mich unter allen Umſtänden nicht anſchließen. Das iſt einer von den wenigen Broſamen, die ich aus der Discuſſion aufgeleſen habe, und die mich als Reſſortminiſter intereſſiren. Der Redner war der Meinung, Preußen ſei nicht verpflichtet für Deutſchlands Vertheidigung zu Lande und zur See zu ſorgen; es ſei die Pflicht dieſes Hauſes, Anſprüche, die dahin gingen, zurückzuweiſen. Ich muß in der That annehmen, daß beſtimmte politiſche Motive vorhanden geweſen ſind, um den Redner dieſe Anſicht ausſprechen zu laſſen.

Es iſt richtig: ſoll Preußen die Intereſſen Deutſchlands zur See und zu Lande energiſch vertheidigen und vertreten, ſo muß man vom preuß. Standpunkt aus das Verlangen ſtellen, daß ſich Deutſchland in beiden Richtungen daran betheilige. Wenn dieſe ganz richtige und billige Anſicht aber verwirklicht werden ſoll, ſo muß Preußen ſelbſt in der Lage ſein, dieſe ſeine Pflicht mit vollem Nachdruck zu erfüllen, auch ſubſidiariſch einzutreten für diejenigen Bundesmitglieder, welche ſich noch nicht in dieſer Lage befinden. Wenn man Deutſchland das Vertrauen abnöthigen will zu der Rolle des Vorkämpfers, die ſich Preußen vindicirt hat, ſo muß doch Preußen auch in der Lage ſein, zur See wie zu Lande dieſe Rolle mit Ehren auszufüllen. Und wenn nun die Landesvertretung in Uebereinſtimmung mit dem Lande mit Recht das Intereſſe verräth, die preuß. Marine zu ſtärken, um auf ſolche Weiſe die Regierung in den Stand zu ſetzen, die Pflichten zu erfüllen, die ihr aus ihrer Rolle für Deutſchlands Intereſſen erwachſen, dann muß man doch nicht damit anfangen, daß man demungeachtet die Mittel verweigert, daß Preußen ſeine Rolle erfülle. Der Einſatz muß doch gemacht werden, ohne dieſen Einſatz ſchwinden natürlich alle Illuſionen, die man ſich machen kann über eine einige deutſche Waffenherrlichkeit zur See und zu Lande. Ich bedauere, daß politiſche Erwägungen ſo weit gehen können, um eine ſolche nach meiner Auffaſſung ganz unerläßliche Vorbedingung für Preußens politiſche Miſſion unmöglich zu machen, indem Sie die Mittel verſagen, die Preußen für Deutſchlands Zwecke, zu Deutſchlands Heil in Anſpruch nimmt, und ſich nicht entſchließen können, die preußiſchen Mittel zu Lande und zu Meer ſo weit zu ſtärken, daß ſie ausreichen für Preußens Zwecke, die eben dahin gehen, ſeine deutſchen Bundesgenoſſen wehrhaft zu machen.

Der techniſche Referent hat ſich gemüßigt geſehen, überall die von der Regierung in Ausſicht genommenen Summen einfach zu verdoppeln und hat es ſich dadurch allerdings ſehr leicht gemacht. Daß der Jahdehafen raſch gebaut werden ſoll, iſt ein Wunſch, mit dem ich vollſtändig einverſtanden bin, und ich glaube, es lag gar keine Veranlaſſung vor, dieſen Wunſch der Regierung noch beſonders ans Herz zu legen. Daß der Friedensbedarf an Offizieren und Mannſchaften der Marine zu klein ſei, iſt ebenſalls vollkommen richtig. Die Offiziere und Mannſchaften angemeſſen zu vermehren, dazu bedarf die Regierung nur der dazu erforderlichen Mittel, an dem guten Willen, in dieſer Beziehung das Nöthige anzuordnen, hat ſie es nicht fehlen laſſen. Was die Nichteinübung der für den Kriegsfall nöthigen Seemannſchaften betrifft, ſo kann ich dem Referenten verſichern, die Regierung verſäumt kein geſetzliches Mittel, um diejenigen Mannſchaften für den Kriegsdienſt auszubilden, deren ſie zur Bemannung der Flotte für den Kriegsfall bedarf. Daß es im letzten Jahre ſchwer geworden iſt, den Bedarf an Maſchiniſten und Heizern zu beſchaffen, räume ich ein, die Regierung hat deshalb Veranlaſſung genommen, organiſche Einrichtungen ins Leben zu rufen, um künftigen derartigen Mängeln vorzubeugen. — M. H.! Im großen Ganzen vermag ich in allen den Ausführungen nur das Beſtreben zu erkennen, ſich vor dem Lande, in welchem die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Erweiterung unſerer Flotte herrſcht, zu entſchuldigen, daß man nichtsdeſtoweniger die Vorlage ablehnt. Das Land wird dieſe Entſchuldigungsgründe ſchwerlich als zureichend und vollwichtig anſehen (Widerſpruch), weder unſer engeres, noch das weitere deutſche Vaterland.

Abg. v. d. Heydt (für die Regierungs-Vorlage; ſchwer verſtändlich): M. H.! Seit Jahren ſtimmen alle Wünſche darin überein, daß eine Stärkung unſrer maritimen Kräfte erfolgen ſolle, und ich würde es ſehr bedauern, wenn die Realiſirung dieſer Wünſche, welche durch die Vorlage der Regierung angebahnt wird, durch die Annahme der Commiſſions-Anträge vereitelt werden ſollte. Die Commiſſion erhält ſich in ihrer Kritik rein negirend; dieſelbe bezweckt nicht die Ausführung des allgemeinen Wunſches zu fördern, ſondern vielmehr ſie zu hindern. Es iſt merkwürdig, daß die Commiſſion gerade den Theil der Vorlage am ſchärfſten verurtheilt, durch welchen die Regierung den früher in dieſem Hauſe laut gewordenen Wünſchen entgegenkommt. Früher wollte man von vielen Seiten das ganze Bedürfniß im Wege einer Anleihe beſchaffen und verlangte nur die vorherige Vorlage eines Gründungsplans. Nun hat die Regierung den Gründungsplan vorgelegt und eine Anleihe gefordert, aber nun iſt das Stichwort: dieſem Miniſterium gegenüber keine Anleihe. (Sehr richtig.) Möchten Sie doch die Worte beherzigen, die Ihnen das hervorragendſte Organ Ihrer Partei in der ſchleswig-holſteinſchen Frage zugerufen hat: Wollen Sie das Land leiden laſſen unter Ihrer Abneigung gegen das Miniſterium? M. H.! Man hat gegen die Vorlage geltend gemacht, daß man Anleihen außer in Kriegszeiten nur zu productiven Zwecken aufnehmen ſolle, und eine von mir in dieſem Sinne gemachte Aeußerung damit verbunden.

Als ich im Jahre 1862 dieſe Aeußerung that, ſchwebte mir vor, für die Marinebedürfniſſe eine neue Einnahmequelle zu eröffnen. Wollen Sie das, dann iſt eine Anleihe freilich nicht nöthig; wollen Sie das aber nicht, und ich würde bei der veränderten Sachlage es auch nicht rathſam finden, ſo bleibt nichts übrig als eine Anleihe, welche, da die Regierung den größten Theil der Mittel aus bereiten Fonds entnehmen will, nur 10 Mill. Thaler betragen ſoll. Dieſer Betrag kann doch unmöglich eine erhebliche Schonung des Staatscredits veranlaſſen, und es ſcheint auch billig, daß die kommende Generation zu den Laſten für Gründung der Marine etwas beiträgt. Wollen Sie die Vorlage ablehnen, ſo wird Preußen nicht zu der ihm gebührenden Machtſtellung gelangen. Ich empfehle Ihnen die Annahme der Regierungs-Vorlage, wollen Sie dieſelbe aber nicht, doch wenigſtens die Annahme der Wagener'ſchen Reſolution. — Redner wendet ſich ſchließlich gegen die Reſolution v. Carlowitz, bleibt aber bei wachſender Unruhe des Hauſes auf der Journaliſten-Tribüne abſolut unverſtändlich.

Der Schluß der Debatte wird von Neuem beantragt und beſchloſſen. Es folgen zahlreiche perſönliche Bemerkungen, aus denen wir folgende hervorheben:

Abg. Dr. v. Bunſen: Der Hr. Miniſterpräſident hat bemerkt, daß ich mehr den ſchleswig-holſtein'ſchen, als den preußiſchen Standpunkt vertreten habe. M. H.! Von den Vorrednern hatte keiner ein Wort des Schutzes für die ſchleswig-holſteinſche Bevölkerung gehabt. Sie wiſſen aber, wie ſehr es Mode geworden iſt, nach Art der offiziellen Publiziſtik die Schleswig-Holſteiner zu ſchulmeiſtern und zu maßregeln, ſo ſehr Mode, daß ſelbſt der Abgeordnete für Graudenz, der gewiß nicht in den offiziellen Ton einſtimmt, es

neulich nicht unterlaſſen konnte, das frühere Mitglied der ſchleswig-holſteinſchen Stattbalterſchaft, den gegenwärtigen Curator der Univerſität Bonn, Wilhelm Beſeler, in eine unliebſamen Zuſammenſtellung zu bringen, deswegen babe ich geglaubt, mich der Schleswig-Holſteiner annehmen zu müſſen.

Miniſterpräſident v. Bismarck: Wenn der Hr. Vorredner von einer offiziellen Mode ſpricht, die Schleswig-Holſteiner zu ſchulmeiſtern und zu maßregeln, ſo entbehrt dieſe Behauptung jeder Unterlage, wenn die Regierung nicht für Preßerzeugniſſe verantwortlich gemacht werden ſoll, für die ſie keine Verantwortlichkeit zu tragen hat. Ich wiederhole, daß ich keine Zeit habe, Zeitungsartikel zu ſchreiben, oder zu leſen. Ich kenne nur ein offizielles Organ, den „Staats-Anzeiger." Was die Stände der Herzogthümer anbetrifft, ſo ſpreche ich Ihnen in keiner Weiſe die Berechtigung ab, über ſchleswig-holſteinſche Angelegenheiten zu beſchließen, nicht aber über preußiſche.

Abg. Duncker: Ich muß dem Abg. v. Blanckenburg bemerken, daß ich den Herzog von Auguſtenburg immer für den von ſeinem Lande anerkannten Herzog gehalten habe. Was meine Stellung außerhalb des Hauſes anbetrifft, ſo muß ich die Inſinuation, als ob Vortheile oder Nachtheile, die mir aus meiner Abſtimmung erwachſen könnten, auf dieſelbe einwirken möchten, als die allerſchwerſte Verleumdung, die einem Abgeordneten zugefügt werden kann, zurückweiſen.

Abg. Dr. Löwe (Bochum) bemerkt gegen den Kriegsminiſter, daß er nicht verweigert habe, mit preußiſchen Mitteln für Deutſchland einzutreten, ſondern nur gewarnt, mit der Marine denſelben Weg zu verfolgen, wie mit dem Landheere. Dem Abg. v. Blanckenburg entgegne er, daß er nur als wünſchenswerth bezeichnet habe, die preußiſchen Beſtrebungen hätten ſich zu der betreffenden Zeit auf eine Reform der Bundeskriegsverfaſſung concentriren ſollen.

Abg. Stavenhagen: Wenn der Abgeordnete für Ziegenrück über eine Wendung des Hauſes in der Anleihefrage klagt, ſo iſt der Grund dieſer Wendung einfach der, daß der Abgeordnete für Ziegenrück damals, als die Anleihe möglich geweſen, dort (auf dem Miniſterſitz) und nicht hier (auf den Bänken der Feudalen) geſeſſen hat. (Heiterkeit.) Damals haben wir noch nicht das budgetloſe Regiment gehabt.

Abg. v. Hennig: Der Herr Abg. v. Bunſen wirft mir vor, das frühere Mitglied der ſchleswig-holſteiniſchen Statthalterſchaft, Herrn Wilhelm Beſeler, angegriffen zu haben. M. H.! Ich habe den Curator der Univerſität Bonn angegriffen, weil er ſehr taktlos gehandelt und den Profeſſor Ritſchl vertrieben hat. Ich habe ihn nicht als Schleswig-Holſteiner angegriffen, obgleich ſeine Politik vielleicht auch Angriffspunkte zugelaſſen haben mochte.

Abg. v. Blanckenburg: Ich habe den Abg. Duncker nicht verleumdet oder beleidigt; wenn ich das Letztere thun will, ſo pflege ich es ſehr deutlich zu thun und hoffe dann, daß er mich verſtehen wird. — Dem Abg. Reichenheim bemerke ich, daß ich nicht „die" Commiſſion, ſondern „in der" Commiſſion geſagt habe; dem Abg. Schulze-Berlin muß ich entgegnen, daß ich eine ganz andere Rede gemeint habe, als er vorausſetzte, nämlich die, welche er in der Debatte über die Gebäudeſteuer gehalten hat.

Abg. Dr. Gneiſt: Da ich ſo oft bei den Fragen über das Budgetrecht citirt werde, ſo erlaube ich mir zu bemerken, daß ich ein- für allemal auf den Bericht und die Verhandlungen mich berufe, die vor 1½ Jahren über die Bedeutung des Artikel 99 der Verfaſſung geführt worden ſind. Mein Standpunkt iſt heut derſelbe, wie damals. Im Uebrigen möchte ich den Abg. v. Blanckenburg bitten, nicht immer mich, ſondern auch einmal meinen verſtorbenen Collegen Dr. Stahl, der ihm näher ſteht, zu citiren und ſich zu merken, daß Dr. Stahl bei den betreffenden Verhandlungen die ewig neue Theorie, in der ſich der Herr Miniſterpräſident über das Budgetrecht ergeht, als eine unverſtändige Reaction bezeichnet hat.

Miniſterpräſident v. Bismarck: Darauf kann ich nur entgegnen, daß die Reaction ſtets eine Folge der Action iſt; wie die Action ausfällt, ſo die Reaction; wie es in den Wald hineinſchallt, ſo ſchallt es heraus. Uebrigens kann manchmal eine Reaction doch recht verſtändig ſein.

Zum Schluß erhält das Wort der Berichterſtatter Abg. Virchow. Der Bericht widmet dem techniſchen Theil 4 Seiten von 34, alſo nur einen mäßigen Raum. Der Herr Miniſterpräſident in ſeiner ſouveränen Verachtung gegen die Landesvertretung ſagt: „davon verſteht Ihr nichts, wie ich davon nichts verſtehe (Heiterkeit). Die Verhandlungen mit Oeſterreich über den Handelsvertrag verſtand er auch nicht zu führen, die ſollten den Fachminiſter angehn. Aber ſchließlich gehn ihn alle dieſe Dinge ſehr nahe an, und er kann ſich doch nicht von einem Rath beſtimmen laſſen, dem er ſich an den Buſen wirft. Die Landesvertretung kann und muß ſich mit dem techniſchen Theil der Marine-Vorlage befaſſen; jeder gebildete Mann kann ſich das zum Urtheil Nöthige durch Studium aneignen. Wird doch unſere Marine von Infanterie-Offizieren geleitet. Wenn der Abg. Wagener in dem Bericht nichts als politiſche Leibſchmerzen entdeckt hat, ſo mag er in der Stunde dieſer Entdeckung gerade mit dieſer Perverſität geſegnet geweſen ſein (Heiterkeit.). Wir treiben nicht Politik mit dem Unterleibe. Wir finden aber in jener Partei abdominale Zuſtände, die Eigenſchaft immer wiederzukäuen, was ſchon oft dageweſen iſt. Was wir in dieſer Debatte hörten, iſt leerer Abklatſch der Preſſe jener Partei, deſſen was dieſe Preſſe von einigen Renegaten bezieht, und was ſie ſich in den Leib trichtern. Wir ſind gewohnt Politik zu treiben mit offenem Kopf und treuem Herzen (Beifall.). Die Art, wie die Regierung ihre Forderung ſtellt und diskutiren läßt, iſt unerhört in der Geſchichte der ſtändiſchen Körperſchaften, nicht die Landrathskammer, nicht die ſervilſte Vertretung könnte ſie bewilligen.

Die Vorlage kann gar nicht ernſthaft gemeint, ſondern nur ein Scheinmanöver ſein, und es war Selbſtverleugnung der Commiſſion, ſich überhaupt auf ſie einzulaſſen. Auf den Vorwurf des Hrn. Miniſter-Präſidenten, der Com.-Bericht ſei eigentlich eine Apologie Hannibal Fiſchers, kann ich parlamentariſch nicht erwidern; wenn dem Hrn. Kriegsminiſter das geboten wäre, er würde auffahren und von Verleumdung ſprechen. Es iſt eine Umkehr der Wahrheit, zu ſagen, die Commiſſion habe kein Intereſſe für die Marine an den Tag gelegt. Ich kann nur annehmen, daß der Hr. Miniſter-Präſident ſich nicht die Mühe genommen hat, den Bericht ganz zu leſen, oder wenn er es gethan, daß er ſich ſeines wahren Inhalts nicht mehr erinnert. Die Wahrheit iſt, daß die Vorräthe im Staatsſchatz abnehmen, daß die Mittel zur Fortſetzung der budgetloſen Verwaltung ſich vermindern, und daß man den Ausfall durch eine Anleihe ausfüllen will, um weiter am warmen Ofen ſitzen zu können. (Heiterkeit.) Wie wenig hat die Regierung mit 25 Mill. geleiſtet, und ſie verlangt ein Anlehen; das iſt mehr als ein Vertrauensvotum. Ich lege hier den Auctionsplan Hannibal Fiſchers zur Einſicht nieder; er beweiſt, daß die Zeit der Bewegung viel für die Flotte geleiſtet hat; neun gute Schiffe wurden verkauft. Der Flottenplan iſt unvollſtändig. Es fehlt der Nachweis, daß die Mittel des Landes ausreichen; die Regierung verlangt nicht 10, ſondern in Wirklichkeit 50 Mill. Thlr. Wenn Hr. Wagener das leugnet, ſo kennt er die Vorlage nicht. Das Land darf darüber nicht im Irrthum ſein. Vorläufig ſind zwei Panzerfregatten nöthig, dazu wollen wir die Mittel bewilligen. Der Abg. Wagener geht weiter als die Regierung ſelbſt. Die Regierung darf überhaupt erſt von Anleihen ſprechen, wenn ein Deficit im Budget nachgewieſen iſt, wenn vor allem ein Etatgeſetz zu Stande gekommen iſt.

Der Herr Miniſterpräſident und wir — wir verſtehen einander nicht. Wir ſind einer von den drei Factoren der Geſetzgebung, wir beſtreiten nicht das Recht der beiden andern, ſondern behaupten nur unſer eigenes. Der Herr Miniſter-Präſident will aber, daß wir uns den beiden andern einfach fügen. Die Herren v. Below und Stahl haben die Mitwirkung des Bundes zur Herſtellung des Rechtes in den Herzogthümern verlangt, alſo etwas ganz Anderes, als die Feudalen jetzt wollen. (Redner citirt die „Revue", das Hauptorgan der Partei, auf welches einer ihrer „Abdominalen" im Hauſe direct influirt.) Der Vorwurf der Neugier iſt unbegründet. Wir haben andere Dinge zu thun als nach den Geheimniſſen des Cabinets zu ſpähen, wir ſind froh, wenn wir nichts davon hören. (Heiterkeit.) Solle die Vertretung aber Geld bewilligen zu einem großen politiſchen Coup, ſo muß ſie die Situation kennen und der leitenden Perſönlichkeit vertrauen. Die Urtheilskraft des Volkes in Frage zu ſtellen, wie der Herr Miniſter-Präſident gethan, iſt ungemein bedenklich. Die Urtheilsloſen vertrauen, wie er ſagt, der Weisheit des Königs, ſie können auch einmal anders denken. Nach dem Studium der Dokumente muß man die Politik der Regierung nicht als eine bewußte, überlegte, ſondern als das Reſultat von Epiſoden, Zufällen des Augenblicks und wechſelnder äußerer Einflüſſe betrachten, als das Reſultat ſeltener ſtaatsmänniſcher Sprünge. (Folgt eine Darſtellung der diplomatiſchen Thätigkeit der Regierung.)

Bei jeder Poſition wollte die Regierung Halt machen, der Appetit wuchs im Eſſen und ſteigerte ſich ſchließlich zu der Luſt, das ganze Land zu verſchlingen. Sie vergaß die Fehler jeder einzelnen Phaſe und hatte nur Gedächtniß für das Gute. Bei jeder Veränderung des Windes wurde das Steuer anders gelenkt, es war eine Politik der Täuſchungen, keine ſpartaniſche, ſondern eine puniſche. Vielleicht beweiſt ein zur Vorſicht niedergelegtes Document, daß von Anfang an das als Plan aufgeſtellt war, was ſchließlich nur der zufällige Ausgang iſt. Es iſt unbegreiflich im Munde eines preußiſchen Staatsmannes, daß der König und der Kaiſer von Oeſterreich Herzog von Schleswig-Holſtein iſt. Dieſer doppelköpfige Herzog iſt ein Janus, deſſen eines Geſicht nach dem Frieden, das andere auf Krieg weiſt. Daß die Ehre der Armee in den Herzogthümern verpfändet war, iſt eine Behauptung, die aufrecht zu erhalten iſt. Durch Zwang ſei nichts zu erreichen, die Erwerbung des kieler Hafens iſt eine Nothwendigkeit für Preußen wie für die Herzogthümer, die Bedingungen müſſen aber von ihnen entgegengetragen werden. Ich erſuche das Haus, die Vorlage einfach abzulehnen, die Reſolutionen desgleichen, obwohl man allenfalls die des Abg. v. Carlowitz acceptiren könnte. (Lebhafter Beifall folgt dieſem Vortrage, der 2½ Stunde gedauert hat).

Miniſterpräſident v. Bismarck: M. H.! Ich bin der Anerkennung in ſehr geringem Maße bedürftig und gegen Kritik ziemlich unempfindlich. Nehmen Sie immerhin an, daß Alles, was geſchehen iſt, wie zufällig geſchah; daß die preuß. Regierung daran vollſtändig unſchuldig, daß wir der Spielball fremder Intriguen und äußerer Einflüſſe geweſen ſind, die uns zu unſerer eigenen Ueberraſchung an der Küſte von Kiel an's Land geworfen haben. Nehmen Sie das immerhin an; mir genügt es, daß wir da ſind und ob Sie uns dabei ein Verdienſt zuſchreiben, oder nicht, das iſt mir dabei vollſtändig gleichgiltig. Die Kritik des Herrn Vorredners über den Wechſel unſeres Verfahrens kritiſire ich meinerſeits lediglich mit einer einzigen Phraſe, die er gebraucht hat. Er hat uns vorgeworfen, wir hätten, je nachdem der Wind gewechſelt hätte, auch das Steuerruder gedreht. Nun frage ich, was ſoll man dann, wenn man zu Schiffe fährt, anders thun, als das Ruder nach dem Winde zu drehen, wenn man nicht ſelbſt Wind machen will. Das überlaſſen wir Andern. Ich habe das Wort ergriffen, m. H., beſonders um einige Ausfälle gegen meine Perſon von ganz ſpezifiſchem Charakter zu beantworten. Der Hr. Referent bemerkt, wenn ich den Bericht wirklich geleſen hätte, ſo wiſſe er nicht, was er von meiner Wahrheitsliebe denken ſolle. Der Herr Referent hat lange genug in der Welt gelebt, um zu wiſſen, daß er ſich damit der techniſchen und ſpezialen Wendung gegen mich bedient hat, vermöge deren man einen Streit auf das rein perſönliche Gebiet zu werfen pflegt, um Denjenigen, gegen den man Zweifel an ſeiner Wahrheitsliebe gerichtet hat, zu zwingen, daß er ſich perſönliche Genugthuung fordert.

Ich frage Sie, m. H., wohin ſoll man in dieſem Punkte kommen. Wollen Sie den politiſchen Streit mit uns auf dem Wege der Horatier und Curiatier erledigen? (Heiterkeit. Widerſpruch). Es ließe ſich davon reden, wenn es Ihnen erwünſcht iſt. (Heiterkeit). Wenn das aber nicht, m. H., was bleibt mir dann anders übrig, als gegen einen ſolchen ſtarken Ausdruck meinerſeits einen noch ſtärkeren wieder zu gebrauchen? Es iſt dies der einzige Weg, auf dem wir uns Genugthuung verſchaffen können. Ich wünſche aber nicht, daß Sie uns in die Nothwendigkeit verſetzten, ihn zu betreten. Und wie weiſt der Hr. Berichterſtatter mir Mangel an Wahrheit nach? Wenn ich mich der langen Rede recht erinnere, ſo warf er mir als nicht übereinſtimmend mit dem Berichte diejenigen meiner Aeußerungen vor, durch die ich die liberale Partei beſchuldigte, ihre Sympathien für die Flotte hätten ſich vermindert. Um zu beweiſen, daß dies unrichtig war, lieſt er mir alle die ſchönen Worte vor, die die Commiſſion in dem Berichte für die Flotte gemacht hat, während doch der Schluß lautet: Geld geben ſie nicht. Ja, m. H., wenn Worte Geld wären, dann hätten wir der Freigebigkeit, mit der Sie die Regierung behandeln, unſere dankbare Bewunderung zu zollen. (Heiterkeit).

Kriegsminiſter v. Roon: Ich will dem Herrn Referenten beweiſen, daß ich nicht auffahre und von Verleumdung ſpreche. Seine Behauptung, daß die Vorlage nicht ernſtlich gemeint, daß ſie ein Scheinmanöver ſei, war ſicher nicht zartfühlend. Das iſt die Umkehr, das Gegentheil der Wahrheit, und ich muß gegen eine ſolche Auffaſſung proteſtiren. Verpfändet war die Ehre der Armee in den Herzogthümern nicht, denn was verpfändet iſt, beſitzt man nicht, und in jedem Fall hat die Armee, die einer Herſtellung ihrer Ehre nicht bedurfte, im verfloſſenen Jahre die größte Ehre erworben.

Vicepräſident v. Unruh: Ich habe in dem Vortrage des Herrn Referenten nichts gehört, was zu einer Entgegnung, wie die des Herrn Miniſterpräſidenten die Veranlaſſung gegeben hätte.

Abg. Jacoby zieht ſeinen Antrag zurück, um ihn bei anderer Gelegenheit wieder vorzubringen.

Abg. Wagener (perſönlich): Ich danke dem Referenten, wenn er ſich nach ſeiner Berufsthätigkeit mit den Zuſtänden meines Unterleibes beſchäftigt hat; auch daß wir Wiederkäuer ſein ſollen, iſt dankenswerth, denn dieſe bilden den Gegenſatz zu den unreinen Thieren. (Große Unruhe.) Zur Preſſe habe ich mich ſtets gebend, nicht empfangend verhalten, auch habe ich niemals einen Revers unterſchrieben, mich nicht mit Politik befaſſen zu wollen.

Abg. Virchow: Der verdächtigende Schluß des Vorredners kann nur auf einen Revers gehen, den die Regierung 1849 von mir dahin verlangte, daß ich mich als Arzt der Einwirkung auf die Wahlen enthalten ſollte. Welches Motiv den Herrn Miniſterpräſidenten zu einer Betrachtung über die Horatier und Curiatier veranlaßt hat, vermag ich nicht abzuſehen. Ich kann, zu dem was ich geſagt habe, nichts hinzufügen, als daß gegenüber dem Vorwurf, der Bericht ſei eine Apologie Hannibal Fiſchers, widerlegende Stellen aus dem Bericht verleſen und dieſe Behauptung als eine unzutreffende bezeichnet habe.

Kriegsminiſter v. Roon: Beſtimmte Annahmen des Referenten dürfen ihn nicht zu dem Ausſpruch berechtigen, die Regierung habe mit der Vorlage ein Scheinmanöver gemacht.

Miniſterpräſident v. Bismarck (perſönlich): Der Referent hat meine Aeußerung auf einen anderen Theil ſeiner Rede bezogen, als auf welchen ſie eigentlich ging. Er ſagte, ich ſcheine den Bericht nicht geleſen zu haben, wenn ich ihn aber geleſen hätte, ſo wüßte er nicht, was er von meiner Wahrheitsliebe halten ſollte. Die Vergleichung des Wortlautes im ſtenographiſchen Berichte wird das ergeben; es wird mir lieb ſein, wenn ich darin dieſe Beleidigung nicht wiederfinde.

Abg. Virchow: Ich kann hierauf nur wiederholen, was ich bereits geſagt habe.

Miniſterpräſident v. Bismarck: Ich habe den Wortlaut genau angegeben, wie der Berichterſtatter ihn gebraucht hat, und werde erwarten, ob er ihn vertritt. (Der Miniſterpräſident verläßt den Saal.)

Abg. Wagener: Mit dem Reverſe, deſſen ich gegen den Herrn Berichterſtatter erwähnte, meinte ich einen Fall, der ſich zugetragen nach ſeiner Berufung durch den verſtorbenen Miniſter v. Raumer.

Abg. Virchow: Darauf kann ich nur erwidern, daß das eine Unwahrheit iſt. (Lebhafter Beifall.)

Man kommt nunmehr zur Abſtimmung. Der Commiſſions-Antrag wird mit allen Stimmen gegen die der Conſervativen angenommen. Von den Reſolutionen wird zunächſt Satz 1 des Antrages v. Carlowitz angenommen, die übrigen Punkte, ſowie alle anderen Reſolutionen abgelehnt.

Abg. Prince-Smith (zur Geſchäfts-Ordnung): Meine Herren! Sie haben gehört, daß der Miniſterpräſident, der in tiefer Erregung das Haus verlaſſen hat, ausdrücklich erklärt hat, er finde in den Worten des Referenten eine Beleidigung und erwarte, ob das geehrte Mitglied dieſe Beleidigung vertreten werde. Wohin dieſe Aeußerung deuten ſoll, glaube ich, iſt nicht zu verkennen. Ich glaube aber auch, daß dieſes Haus nicht dulden kann, daß Vorfälle in dieſem Hauſe auf derartige perſönliche Weiſe zum Austrag kommen. Ich ſtelle daher den Antrag, daß das Geſammtpräſidium Einſicht nehme von dem ſtenographiſchen Berichte, unterſuche, ob eine Beleidigung darin zu finden ſei, oder nicht, und entſcheide, ob das geehrte Mitglied ſeinerſeits etwas zurückzunehmen habe, und wenn nicht, daß nicht das geehrte Mitglied, ſondern das Haus zu vertreten habe, was geäußert worden iſt. (Widerſpruch.)

Abg. v. Hennig (zur Geſch.-Ordnung): M. H.! Ueber dieſe Frage hat das Präſidium bereits entſchieden. Der Vice-Präſident v. Unruh hat erklärt, daß er in den Worten des Dr. Virchow keine Beleidigung habe finden können. Eine anderweite Entſcheidung des Präſidiums kann nicht vorgenommen werden. Sie muß unterbleiben, da der Präſident bereits entſchieden hat. Ich widerſpreche daher ausdrücklich dem Antrage des Abg. Prince-Smith und ſpreche dem Präſidenten das Recht ab, nachträglich noch Ordnungsrufe zu ertheilen. (Lebhaftes Bravo links.)

Abg. Prince-Smith: Mein Antrag bezweckte nur, daß in dieſem Falle das Haus einzutreten habe.

Präſident Grabow: Dieſer Anſicht muß ich widerſprechen; das, was der Abg. Prince-Smith verlangt, iſt einzig und allein Sache des Präſidenten.

Damit iſt dieſer Zwiſchenfall erledigt.

Der Finanzminiſter v. Bodelſchwingh legt den Handelsvertrag zwiſchen dem Zollverein und England vor. Er wird an die Commiſſion für Finanzen und Handel gewieſen.

Um 4½ Uhr wird ein Antrag auf Vertagung abgelehnt. Da der Juſtizminiſter erſchienen iſt, kann das Haus auf den 2. Gegenſtand der T.-O., die gumbinner Petition, eingehen.

Reg.-Commiſſar, Geh. Rath Friedberg: Die Beſchwerde des gumbinner Magiſtrats eigne ſich nach ſorgfältiger Prüfung nicht zur öffentlichen Anklage. Die Sache ſchwebe noch in zweiter Inſtanz im Civilprozeß; von einer Rechtsverweigerung könne nicht die Rede ſein.

Es ſprechen Gneiſt, Frentzel, Lasker, Klotz. Das Haus nimmt die Reſolution Gneiſt's an, daß hier Rechtsverweigerung vorliege.

Schluß 6 Uhr. Nächſte Sitzung Mittwoch 10 Uhr. (T.-O.: Motty's Interpellation.) Bis Freitag iſt der Etat zu Ende berathen.

S. **Strehlen**, 2. Juni. [Der heut hier abgehaltene Wollmarkt] hatte eine große Anzahl kleinerer Wollhändler hier verſammelt; Fabrikanten waren wenige am Platze. Die Kaufluſt war Anfangs minder rege, nach zehn Uhr aber ſtieg dieſelbe und war der Markt gegen 12 Uhr beinahe vollſtändig geräumt. Es wurden gegen den vorjährigen Marktpreis 6—15 Thlr. weniger gezahlt. Es waren zum Verkauf geſtellt 690 Ctr.;

feine einſchurige galt 65—70 Thaler,
mittelfeine . . . . . 60—64 „
ordinäre . . . . . . 55—58 „

Extrafeine war nicht am Platze. Ruſtical-Wollen waren ſehr begehrt; Dominial-Wollen ſind nur wenige Poſten verkauft worden.

Berliner Börse vom 2. Juni 1865.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	101¾ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	105⅞ bz.
dito 1850, 52	4	98½ bz.
dito 1853	4	98½ bz.
dito 1854	4½	102 bz.
dito 1855	4½	102 bz.
dito 1856	4½	102 bz.
dito 1857	4½	102 bz.
dito 1858	4½	102 bz.
dito 1864	4½	102 bz.
Staats-Schuldscheine	3½	91⅛ G.
Präm.-Anl. von 1855	3½	130 B.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102½ bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	86½ bz.
Pommersche	3½	85¾ bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	95⅜ bz.
Schlesische	3½	91¼ bz.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	97⅜ bz.
Pommersche	4	97½ G.
Posensche	4	96⅜ G.
Preussische	4	97 G.
Westph. u. Rhein.	4	97¾ G.
Sächsische	4	98¾ B.
Schlesische	4	98⅜ G.

Louisd'or 111¼ bz.	Oest. Bkn. 93½ bz.
Goldkronen 9. 9¾ G.	Poln. Bkn. — —

Ausländische Fonds

Oesterr. Metalliques	5	66¼ B.
dito Nat.-Anl.	5	70⅝ bz.
dito Lott.-A. v. 60	5	86½ bz.
dito dito 64	—	53 bz.
dito 54er Pr.-A.	4	81 G.
dito Eisenb.-L.	—	78 G.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	65⅛ bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	91¾ bz. u. G.
dito Holl. Anl. 1864	5	95¼ G.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	74 gr. A. bz., kl.
Poln.-Pfandbr. III. Em.	4	75⅛ G. [75¾ G
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	90½ B.
dito à 300 Fl.	5	92¼ G.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	— —
Baden. 35 Fl. Loose	—	30¼ G.
Amerikan. St.-Anl.	6	72½ à ¼ à ½ bz.
Schwed. 10 Th. Loose	—	— —

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	101¼ B.
dito II.	4½	100¾ B
dito IV.	4½	100¼ B.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	82¾ G.
Cöln-Minden	4½	101¼ G.
dito II.	5	103⅞ G.
dito	4	94 G.
dito III.	4	92⅝ bz.
dito	4½	101 G
dito IV.	4	92½ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	90 B.
dito III. Em.	4½	96 B.
Galiz. Ludwigsb.	5	88⅛ G.
Niederschl.-Märk.	4	96½ B.
dito conv.	4	96½ B.
dito III.	4	94½ B.
dito IV.	4½	101 G.
Niederschl. Zweigb. Litt. C.	5	102⅝ bz.
Oberschles. A.	4	96 G.
dito B.	3½	85½ B.
dito C.	4	93½ G.
dito D.	4	95¼ G.
dito E.	3½	83⅞ bz. u. G.
dito F.	4½	101½ G
Oest.-Franz.	3	256 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	245 bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	101¼ G.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	99⅞ bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1863	1864	Zf.	
Aachen-Düsseld.	3½	4 7/30	3½	— — —
Aachen-Mastrich	—	—	4	48¼ bz.
Amsterd.-Rottd.	6¼	6 19/20	4	123 G.
Berg.-Märkische	6½	7½	4	135 G
Berlin-Anhalt	9¾	11⅝	4	192½ bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	89¾ bz
dito St.-Prior.	—	—	5	100¼ bz.
Berlin-Hamburg	7¼	10	4	142¾ bz.
Berl.-Potsd.-Mg.	14	16	4	224 B.
Berlin-Stettin	8⅓	8⅓	4	135¾ bz. (i. D.)
Böhm.-Westb.	5	5	5	78 bz.
Breslau-Freib.	7½	8⅔	4	143 B.
Cöln-Minden	12 11/12	—	3½	226 G.
Cosel-Oderberg	1½	¾	4	61½ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	87 B.
dito dito	—	—	5	92 bz.
Galiz. Ludwigsb.	6	—	5	99¾ G
Ludwigsh.-Bexb.	8	8⅓	4	149½ G.
Magd.-Halberst.	22⅔	25	4	242½ bz.
Magdb.-Leipzig	17	18¾	4	267 bz.
Mainz-Ludwigsh.	7	7½	4	129 bz.
Mecklenburger	2½	3½	4	81¾ à 82¼ bz.
Neisse-Brieger	4⅓	4½	4	90½ G.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	96½ bz.
Niederschl. Zwgb.	2⅔	4 1/12	4	84 B.
Nordb., Fr.-Wilh.	3 7/12	—	4	73 à ¾ bz.
Oberschles. A	10½	10	3½	171¾ bz.
dito B.	10½	10	3½	153 bz.
dito C.	10½	10	3½	171¾ bz.
Oestr.-Fr. St. B.	5	—	5	114¾ bz.
Oest. südl. St.-B.	8	8	5	135¼ à 136¾ bz.
Oppeln-Tarn.	2½	3¼	4	80⅝ bz.
Rheinische	6	—	4	115½ bz.
dito Stamm-Pr.	6	—	4	116¾ G.
Rhein-Nahebahn	—	—	4	29½ à 31½ bz.
Rhr. Crf. K. Gldb.	5	6⅔	3½	108 bz.
Stargard-Posen	4⅚	3½	3½	97¼ bz.
Thüringer	7⅔	8	4	134¼ bz
Warschau-Wien	—	—	5	64⅜ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	6	7 1/10	4	130 G.
Braunschw. B.	—	—	4	84 G.
Bremer Bank	5⅘	7 3/20	4	116 B
Danziger Bank	6	7½	4	115¾ G.
Darmst. Zettelb.	6	8	4	101⅛ G.
Geraer Bank	7	8	4	106¼ bz.
Gothaer „	6½	7	4	101½ G.
Hannoversche B.	5⅕	5⅔	4	96¾ etw. bz.
Hamb. Nordd. B.	6⅔	7⅝	4	116¼ B.
„ Vereins-B.	6 13/32	7 21/32	4	106 G.
Königsberger B.	5⅘	6¾	4	111 G
Luxemburger B.	9	4	4	84½ B.
Magdeburger B.	4½	5 9/10	4	102 B.
Posener Bank	5 8/15	7	4	100¾ bz.
Preuss. Bank-A.	7 37/40	10 19/20	4½	146 bz.
Thüringer Bank	4	4	4	76¾ B.
Weimar „	5½	7	4	101 B.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	111 etw. bz.
Coburg. Credb. A.	7	8	4	99¼ B.
Darmstädter „	5½	6	4	91⅞ mehr bz.
Dessauer „	—	—	—	2⅞ u. St. B.
Disc.-Com.-Ant.	6½	—	4	102½ bz. u. G.
Genfer Credb. A.	1	—	4	41½ bz. u. G.
Leipziger „	4	—	4	84¾ bz.
Meininger „	7	7¼	4	101⅞ etw. bz.
Moldauer Lds.-B.	2½	2½	4	30 bz.
Oesterr. Credb. A.	6	5	5	85¾ bz. u. G.
Schl. Bank-Ver.	6	6½	4	110¾ bz.
Minerva	—	—	5	35¾ bz.
Fbr. v. Eisenbbfd.	8	8½	5	118½ bz.
Schles. Feuerv.	—	8	4	— — —

Telegraphiſche Courſe und Börſen-Nachrichten.

Paris, 2 Juni, Nachm. 3 Uhr. Anfangs günſtig, ſpäter ſämmtliche Effekten angeboten. Die 3proz. begann zu 67, 45, hob ſich bis 67, 50, wich auf 67, 30 und ſchloß ziemlich matt zu dieſem Courſe. Die Liquidation der Eiſenbahn-Aktien war ſchwierig. Es wurden pr. Liquidation gehandelt: Oeſterr. Staatsbahn zu 425, Lombarden zu 497, 50, Ital. Rente zu 66, 40, Credit-Mobilier zu 778, 75. Conſols von Mittags 1 Uhr waren 90 gemeldet. Schluß-Courſe: 3proz. Rente 67, 30. Italien. 5proz. Rente 66, 65. 3proz. Spanier —. 1proz. Spanier —. Oeſterr. Staats-Eiſenbahn-Aktien 425. Credit-Mobilier-Aktien 775. Lomb. Eiſenbahn-Aktien 498, 75.

London, 2. Juni, Nachm. 3 Uhr. Aus der Bank von England wurden heute 50,000 Pfd. St. ausgezahlt. Conſols 89¾. 1proz. Spanier 40½. Sardinier 77. Mexikaner 24½. 5proz. Ruſſen 91½. Neue Ruſſen 91½. Silber 60⅛. Türk. Conſols 48⅛. 6proz. Ver. St.-Anleihe pr. 1882 67. Hamburg 3 Mon. 13 Mk. 9 Sh. Wien 11 Fl. 15 Kr.

Wien, 2. Juni, Nachmitt. 2 Uhr. Ziemlich matt. Schluß-Courſe: 5proz. Metall. 71, 15. 1854er Looſe 87, 50. Bank-Aktien 800. Nordbahn 170, 50. Nat.-Anl. 75, 75. Credit-Aktien 183, 30 Staats-Eiſenb.-Aktien-Cert. 184, 20 Galizier 204, 25. London 108, 80. Hamburg 80 75 Paris 43, 25 Böhm. Weſtbahn 166, 50. Credit-Looſe 125, 75. 1860er Looſe 92, 50. Lomb. Eiſenbahn 218, —. Neues Lotterie-Anl. —.

Bremen, 2. Juni. Die bremer Bank hat heute den Discont von 4½ auf 4 pCt. herabgeſetzt.

Breslau, 3. Juni. Wind: Weſt. Wetter: Regen. Thermometer Früh 12 Grad Wärme. Die Getreidezufuhren waren am heutigen Markte ſchwächer und dem entſprechend der Geſchäftsverkehr beſchränkt.

Weizen ſchwer verkäuflich, pr. 84 Pfund weiße bruchfreie Waare 62—65 Sgr., wenig erbrochene 54—60 Sgr., erwachſene 50—52 Sgr., gelbe bruchfreie Waare 54—60 Sgr., wenig erbrochene 50 bis 56 Sgr., erwachſene 46—49 Sgr., feinſte Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen etwas feſter, pr. 84 Pfd. 44—45 Sgr., feinſte Sorte 46 Sgr. und darüber bezahlt. — Gerſte flau, pr. 74 Pfd. weiße 37—38 Sgr., helle 32—34 Sgr., gelbe 30—31 Sgr. — Hafer genügend offerirt, pr. 50 Pfd. 27—29—30 Sgr. — Erbſen behauptet. — Wicken angeboten, 59—60—62 Sgr. — Oelſaaten ohne Umſatz. — Lupinen wenig zugeführt. — Schleſiſche Bohnen in feiner Waare ſehr geſucht. — Schlaglein ſchwacher Umſatz. — Rapskuchen ſehr gefragt, 58 bis 60 Sgr. pr. Ctr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen, alter	60—65—74	Erbſen	60—65—70
„ „ neuer	59—64	Wicken	58—60—61
Gelber Weizen, alter	60 64—69	Lupinen	45—60—75
„ „ neuer	55—60	Bohnen	70 80—92
Erwachſener Weizen	46—49—53		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	44—45—46	Schlag-Leinſaat	160—180—190
Gerſte	31—33—38	Winter-Raps	— — —
Hafer	26—29—31	Winter-Rübſen	— — —

Kleeſaat ohne Frage, rothe ordinäre 16—19 Thlr., mittle 21—23 Thlr., feine 26—29 Thlr., hochfeine über Notiz bezahlt, — weiße ordinäre 11 bis 12½ Thlr., mittle 13½—15½ Thlr., feine 16½—18½ Thlr., hochfeine 20 Thlr. und darüber pr. Centner.

Thymothee ſchwacher Umſatz, 11—13 Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 20—24 Sgr., Metze 1—1½ Sgr.

Vor der Börſe.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 13½ Thlr., Juni 13½ Thlr., pr. Herbſt 13½ Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 13½ Thlr., Juni 13½ Thlr., Herbſt 14½ Thlr.

Breslau, 3. Juni. [Waſſerſtand.] O.-P. 14 F. 10 Z. U.-P. 1 F. 6 Z.

Telegraphiſche Depeſchen und Nachrichten.

Haag, 2. Juni. Die erſte Kammer hat die internationale Convention über das Zucker-Regime einſtimmig angenommen. In der zweiten Kammer wird der Zolltarif für die oſtindiſchen Kolonien diskutirt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.